

Thema:

„Wir verlieren offenbar Teile von Polizei und Bundeswehr an die AfD (Friedrich Merz)

Hat Merz Recht? Wie sollten wir in einer Demokratie mit dieser Entwicklung umgehen?

Zusammenfassung der Stammtischergebnisse vom 17.07.2019

Vorbemerkung: wir haben im Vorfeld der Veranstaltung frühzeitig auf mehreren Wegen probiert, offizielle Vertreter der Polizei zu unserem Stammtisch einzuladen. Leider wurde uns kurzfristig abgesagt. Am Abend des Stammtisches haben wir beschlossen, die Anfrage erneut zu stellen. Die Pressestelle der Polizei München hat einen Termin für November 2019 in Aussicht gestellt. Hierüber werden wir so bald wie möglich informieren.

Anlässlich unseres monatlichen Stammtisches wurden folgende Punkte besprochen. Die nachfolgende Aufzeichnung fasst das Diskutierte ergebnisartig zusammen.

Niemand der Teilnehmer bezweifelte die These von Friedrich Merz.

Zu der Frage, wie es zu diesem Umstand kommen konnte, wurden folgende Thesen aufgestellt:

These 1:

Das politisch eher linke Spektrum könnte die Situation lösen, da die Polizei Rechten gegenüber konzilianter sei als Linken

Denn: Die Polizei ließe sich auf Demo-Einsätzen lieber drangsalieren, weil das Verfahren bei Gegenwehr auf Demos so hart sei. Die Linken müssten die „guten Linken“ werden und nicht die radikalen Linken, die Menschen angriffen.

Die Rechten schienen der Polizei auf Demos sympathischer, weil sie die Aufgaben der Polizei an sich unterstützten.

Zudem sei die Hemmschwelle linker Straftäter geringer - die Akzeptanz der Staatsmacht sei nicht vorhanden.

These 2

Menschen, die von Grund auf nach Ordnung und Hierarchien suchten, fänden sich gerne in straffen Organisationen wie Polizei und Bundeswehr wieder.

Am rechten politischen Spektrum fänden sich mehr Menschen, die sich viel stärker über die Gruppe definieren – die Bereitschaft, sich Organisationen wie Polizei oder Bundeswehr anzuschließen sei höher.

Da die Führungsebenen innerhalb von Polizei und Bundeswehr häufig auch eine eher rechte Einstellung hätten, kaskadiere das in die unteren Organisationsebenen durch - Fehlgriffe aus dem rechtsradikalen Spektrum würden so weniger oder gar nicht geahndet.

Andererseits habe sich bei der Antifa und im linken Spektrum durchgesetzt, dass andere Gruppierungen ebenso pauschal abgeurteilt würden, die nicht das gleiche Mind-Set hätten (hier z.B. die Vertreter des Staates, Menschen einer gewissen Einkommensschicht).

Seit dem die Bundeswehr auch in Einsätze geschickt würde, sei der Bedarf an Soldaten größer, die auch bereit seien, sich in Hierarchien einzuordnen. Demzufolge sei der Anteil von Mitgliedern mit eher rechter Gesinnung höher.

These 3

Das Korrektiv der Wehrpflichtigen bei der Bundeswehr fehle.

Mit der Wehrpflicht sei zum einen eine starke Verankerung der Bundeswehr in der Bevölkerung weg gefallen, weil nicht mehr ein Großteil junger Männer zum Dienst eingezogen wird.

Ein weiteres Problem sei der massive Stellenabbau bei der Polizei gewesen: Durch zu wenig Personal wurden hernach schlechtere Auswahlkriterien angewandt, als Stellen plötzlich nachbesetzt werden sollten.

Wie könnte ein solcher Zustand verändert werden?

Durch verpflichtenden Ethikunterricht bis zur Schulabschlussklasse für alle Schülerinnen und Schüler würde übergreifendes Denken gefördert und die Akzeptanz gefördert.

Es müsste mehr Menschen geben, die sich mit liberaler Gesinnung in Polizei- und Bundeswehrdienst begeben. Zudem müsste der in den Medien aus internen Polizei- und Bundeswehkreisen oft zitierte „Corps-Geist“ dahingehend aufgeweicht werden, dass strafbares Verhalten innerhalb der Organisationen ohne negative Konsequenzen für den Ankläger offen aufgeklärt und ggf. Geahndet werden würden.

Den Teilnehmern ist natürlich bewusst, dass die Grenze zwischen einem guten Zusammengehörigkeitsgefühl innerhalb von Bundeswehr und Polizei und einem falsch verstandenen Corps- und Elitegeist gegenüber dem Rest der Bevölkerung und dem Gesetzgeber fließend sein kann.

Aus diesem Grund wäre aus Sicht der Teilnehmer der Vorschlag eines Rechtsstaatlichkeits-TÜVs nicht praktikabel, weil besagte Übergänge fließend seien und eindeutige Strafhandlungen im rechten Bereich sehr schwer nachzuweisen seien.

Letztendlich waren sich fast alle Teilnehmer darüber einig, dass nur wenn die Gesamtgesellschaft liberal und stabil ist, die Repräsentanten in den staatlichen Organisationen auch entsprechend agieren könnten. Polizei und Bundeswehr bräuchten den Rückhalt der normalen Bevölkerung. Sobald diese sich über Gebühr radikalisiert oder polarisiert, geriete auch das Gefüge in Bundeswehr oder Polizei in eine Unwucht.

Vor diesem Hintergrund wurde von einem Teilnehmer noch folgende These artikuliert:
Die Gegner der AfD seien Anti-Demokraten, weil sie eine demokratisch gewählte Partei diffamierten.

Dieser Aussage wurde von den anderen Teilnehmern des Stammtischs eindeutig widersprochen.

1. Nicht-Anhänger der AfD diffamierten nicht die Partei an sich sondern klar rassistische, ausgrenzende und verhetzende Aussagen derer Mitglieder
2. Den politischen Thesen der AfD werde sachlich im Einzelnen und nicht pauschal widersprochen – dies stelle ein zu tiefst demokratisch legitimiertes Verhalten dar.
3. Trotz ihr teilweise scharf an der Strafbewährung vorbei schrammenden Aussagen dürften Mitglieder der AfD frei ihre Meinung äußern und würden von der Staatsmacht weder verfolgt noch bestraft.

**Der nächste Stammtisch findet am Mittwoch, 18.09.2019 um 20:00 Uhr im Wirtshaus Zinner statt.
Thema dieses Mal: Umweltschonende Mobilität – welcher Antrieb ist wirklich zukunftsfähig?**

Als Gast dürfen wir einen Ingenieur der Automobilindustrie begrüßen!

